

02.03.95

Antrag
des Landes Brandenburg

**Entschließung des Bundesrates zu "Direktiven für Verhandlungen
ber die Anpassung der Europaabkommen im Anschluß an die
Erweiterung und die Uruguay-Runde"**

DER MINISTERPRÄSIDENT
DES LANDES BRANDENBURG

Potsdam, den 2. März 1995

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ministerpräsidenten
Dr. h.c. Johannes Rau

Sehr geehrter Herr Prsident,

die Landesregierung Brandenburg hat am 28. Februar 1995 beschlossen, dem
Bundesrat den beigefügten Antrag für eine

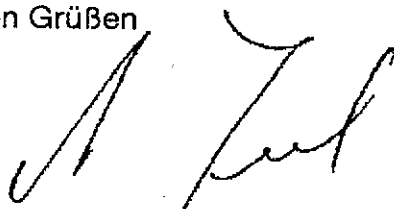
Entschließung des Bundesrates zu "Direktiven für Ver-
handlungen über die Anpassung der Europaabkommen
im Anschluß an die Erweiterung und die Uruguay-Runde"

zuzuleiten.

Ich bitte, den Entschließungsantrag gemäß § 36 Abs. 2 der Geschäftsordnung
des Bundesrates zur sofortigen Sachentscheidung auf die Tagesordnung der
Sitzung des Bundesrates am 10. März 1995 zu setzen.

Mit freundlichen Gren
In Vertretung


(Alwin Ziel)



Entschleßung des Bundesrates zu "Direktiven für Verhandlungen über die Anpassung der Europaabkommen im Anschluß an die Erweiterung und die Uruguay-Runde"

Der Bundesrat möge beschließen

1. Der Bundesrat begrüßt den Beschluß des Europäischen Rates, mit einer umfassenden Strategie der weiteren Heranführung der assoziierten mittel- und osteuropäischen Staaten an die Europäische Union zusätzliche Dynamik und Qualität zu verleihen. Er unterstreicht die herausragende Bedeutung einer zügigen Integration der Reformstaaten Mittel- und Osteuropas in die Europäische Union zur Gewährleistung von politischer und wirtschaftlicher Stabilität in Europa.
2. Der Bundesrat begrüßt daher auch die Zielsetzung des Kommissionsvorschlags, im Zusammenhang mit der notwendigen Anpassung der Europaabkommen an die Ergebnisse der Erweiterung und der Uruguay-Runde eine partielle Marktöffnung für ausgewählte Agrarprodukte vorzusehen. Der Bundesrat verweist hierbei ausdrücklich auf die negative Handelsbilanz der assoziierten Mittel- und osteuropäischen Staaten mit der Europäischen Gemeinschaft im Agrarbereich.
3. Der Bundesrat erkennt die Bemühungen der französischen Präsidentschaft um den Abschluß eines Verhandlungsmandats an und fordert die Bundesregierung nachdrücklich auf, diese zu unterstützen. Er betont, daß die Beziehungen zu den assoziierten mittel- und osteuropäischen Staaten aufgrund der Beitrittsperspektive eine besondere Qualität haben.
4. Der Bundesrat stellt fest, daß der französische Kompromißvorschlag nur einen Einstieg in die Notwendigkeit einer komplexeren Strategie der Gemeinschaft

gegenüber assoziierten mittel- und osteuropäischen Staaten im Agrarbereich bildet. Er betont, daß Handelserleichterungen auch von flankierenden Maßnahmen zum Aufbau marktwirtschaftlicher Strukturen in assoziierten Mittel- und osteuropäischen Staaten und zur Lösung von Vermarktungsproblemen begleitet werden sollten. Er behält sich eine erneute Stellungnahme zur angekündigten Mandatserweiterung vor, sobald detailliertere Ausführungen der Kommission zur Entwicklung der Handelsströme und der Ausschöpfung von Kontingenten durch assoziierte MOE-Staaten vorliegen.

Begründung (nur gegenüber dem Plenum)

Die Zielstellung des Kommissionsvorschlags entspricht der Zielsetzung der vom Europäischen Rat von Essen verabschiedeten Strategie, assoziierte mittel- und osteuropäische Staaten in ihren Bemühungen um die Schaffung von Beitrittsvoraussetzungen zu unterstützen. Eine Zustimmung der Bundesrepublik Deutschland zum vorliegenden französischen Kompromißvorschlag, der bereits weit hinter den ursprünglichen Vorschlägen der Kommission zurückbleibt, ist für die Glaubwürdigkeit der deutschen Bemühungen um die erfolgreiche Realisierung der Strategie von Essen entscheidend. Dabei ist auch die anhaltend negative Handelsbilanz der mittel- und osteuropäischen Staaten mit der Gemeinschaft im Agrarbereich und die Gefahr der Belastung der traditionellen Handelsströme, sofern eine Abkommensanpassung nicht erfolgt, in Rechnung zu stellen.